

Schleichende Aushöhlung des Gemeinsinns?

Autor(en): **Müller, Kurt**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **64 (1989)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-105649>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schleichende Aushöhlung des Gemeinsinns?

Die Klagen datieren nicht erst seit gestern, dass die Bereitschaft zu uneigennützigem öffentlichem Tun am Abnehmen sei. Es fehlt auch nicht an ausführlichen und informativen Berichten, die zu erklären suchen, warum es so gekommen sei oder warum es eigentlich fast so sein müsse. Dass das, was man hierzulande *Gemeinsinn* zu nennen pflegt, rückläufig ist, wird aber kaum in Frage gestellt. Nicht nur fällt es schwieriger, für öffentliche Ämter schon auf der Gemeindeebene immer die richtigen Persönlichkeiten zu finden; ehrenamtliche, oft mühsame Arbeit ist auch in den Vereinen, Verbänden und Parteien wenig gesucht. Und oftmals ist es bei politischen Fragen nicht der Massstab des Gesamtwohls, den man anlegt, sondern man begnügt sich mit der eigenen Interessenlage. Ja es stört oft nicht einmal, dass die vertretenen Wünsche und Forderungen zueinander in Widerspruch geraten, wenn man ihre Folgen konsequent zu Ende denken würde.

Im Zuge der Nutzungsplanungen sind beispielsweise in vielen Gemeinden Auszonungen erfolgt, um mehr Grünflächen zu erhalten und den unerwünschten Ansturm von neuen Einwohnern fernzuhalten. Dieses Begehren ist nicht nur bei den alten und vor allem auch bei vielen neuen Eingesessenen populär; es kann auch umweltpolitisch begründet werden. Wenn es nicht von Massnahmen begleitet ist, die das vorhandene Bauland besser ausnützen oder die Erschliessung eingezonten Landes zu erleichtern erlauben, hat es allerdings seine unerfreulichen Konsequenzen: Es trägt dazu bei, dass die Bodenpreise steigen und dass die in vielen Gegenden bereits bestehende *Wohnungsnot* noch grösser wird. Dies hindert aber viele nicht, gleichzeitig gegen die zunehmenden Überbauungen und auch gegen den Wohnungsmangel zu protestieren, wenn etwa ihre Kinder oder ihre Eltern nicht das Geeignete auf dem Wohnungsmarkt finden.

Auch in der Frage des *Abfalls* und des *Sondermülls* ist der Widerspruch evident. Wir rufen zwar laut nach der dringenden Entsorgung des voluminösen Unrats, den wir in Haushalt und Wirtschaft produzieren; aber nur ganz wenige sind bereit, in ihrer Nähe solche Abfallplätze oder auch Verbrennungsöfen zu akzeptieren, denn sie könnten doch viel besser an andern Orten stationiert werden...

Solche oder ähnliche Widersprüche mag es immer wieder gegeben haben. Aber ihr Ausmass und ihr politisches Gewicht haben doch in den letzten Jahren sichtlich zugenommen. Die Einzel- oder zumindest *Partialinteressen* haben sich zudem mehr und mehr *organisiert* – sogar in politischen Parteien. Gegen ihre öffentliche – und auch offenzulegende – Vertretung ist so lange nichts einzuwenden, als sie durch das *Verantwortungsgefühl für das Ganze* eingegrenzt und auch relativiert werden. Die hemmungs- und grenzenlose Vertretung egoistischer Forderungen jedoch entleert und unterhöhlt ein Gemeinwesen, vor allem, wenn es demokratisch aufgebaut ist.

Welches sind die Gründe für diese Entwicklung? Sie sind zweifellos vielfältig. Nur einige wenige können genannt werden. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, dass in *Zeiten ohne manifeste Bedrohung* der sozialen Existenz oder der Unabhängigkeit und Freiheit der Gemeinsinn abzunehmen pflegt, während Not zusammenrücken lässt. Die Sorglosigkeit des Wohlstands scheint selbst von den Umweltproblemen nur zum geringen Teil gestört zu werden. Daneben ist aber auch eine «post-moderne» *Strömung von der Politik weg zum Privaten* unverkennbar. In den Kirchen ist diese fundamentalistische Richtung, die im Gegensatz zur Tendenz zur «politischen Theologie» steht, im Wachsen begriffen; die Hände sollen vom Schmutz dieser Welt ferngehalten und in religiöser Unschuld gewaschen werden. Dass eine übertriebene Regelungs-dichte – bis zur Normierung der Marronihäuschen – das positive Verhältnis zum Staat ebenfalls stört, ist unverkennbar. In der Wirtschaft hat die Bereitschaft zum – meist aufstiegs-hemmenden – persönlichen politischen Engagement eher noch weiter nachgelassen. Man überlässt die Interessenvertretung gerne den professionellen Organisationen oder andern Exponenten, um sich im härter werdenden Wettbewerb den «wesentlicheren» Dingen zuzuwenden.

In einem wichtigen Punkt hat sich aber auch das gesellschaftliche Umfeld der Politik gewandelt – und es ist vorderhand nicht abzusehen, dass diese Entwicklung bereits zu Ende wäre. Die *Unterhaltungsindustrie* hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur einen gewaltigen Aufschwung genommen, sie hat vor allem mit einem vielfältigen

Angebot, auch über Fernsehen, Radio und die Umwandlung vieler Druckerzeugnisse, das Leben der entwickelten Staaten und die Erwartungshaltung grundlegend verändert. Man wünscht auch die Politik zu «konsumieren» – und sich wenn möglich dabei zu amüsieren. Die politische Auseinandersetzung soll sicher nicht langweilig sein. Manche beginnen aber das politische Geschehen aus unberührter Distanz zu betrachten wie ein Theaterstück auf der Bühne oder eine Show am Fernsehen – und fühlen sich nicht mehr als *Mitbeteiligte* und *Mitverantwortliche*. Und nicht selten schwingt sogar ein Element von Hochmut gegenüber den «Akteuren» dabei mit.

Diese veränderte Grundhaltung nagt jedoch an der Substanz der Demokratie. Und sie verkennt völlig das politische Umfeld. Rechtsstaat und Demokratie sind weltweit auch heute noch eher Ausnahmen als die Regel. Die Idee einer freiheitlichen Gestaltung von Gesellschaft und Staat hat auch heute noch eine Leitbildfunktion. Sie hat zwar an allgemeiner Anerkennung seit fünfzig Jahren zugelegt, und sie ist im Begriffe, manche verhärteten autoritären und totalitären Strukturen zu lockern. Aber ihre Konkretisierung ist nicht weniger mühsam und einfach geworden. Freiheit kann nur existieren, wenn sie in Verantwortung gelebt wird. Eine *Demokratie* kann auf die Dauer nur bestehen, wenn ihre Träger sich *am Gemeinsinn orientieren*. «NZZ», April 1988